

Seid einig, einig, einig Eindrücke vom Landesparteitag



Im trüben Licht eines Septembertages machten sich zahlreiche unverwüsthche Genossinnen und Genossen aus den Kreisverbänden Rostock und Landkreis Rostock auf den langen Weg in die ehemalige Residenzstadt Ludwigslust, um der 3. Tagung des 3. Landesparteitages beizuwohnen. Zu Beginn des Parteitages zeigten die Delegierten durch eine Spontandemonstration Flagge gegen ein Häuflein NPD-Mitglieder, die in der Nähe des Tagungsortes ihr Unwesen trieben.

Mit Spannung erwarteten die Delegierten die Entscheidung über die vom Landesvorstand beantragte Zusammenlegung der Kreisverbände Vorpommern/Rügen und Stralsund. Mit dem Zustandekommen der Kreisgebietsreform im vergangenen Jahr war gemäß Bundessatzung der LINKEN auch die Existenzberechtigung eines eigenständigen Kreisverbandes Stralsund erloschen (was der Stralsunder Kreisvorstand und einige Genoss_innen anders sehen). Laut Bundessatzung soll über eine Fusion von Kreisverbänden im Einvernehmen mit den betroffenen Kreisverbänden entschieden werden; kann ein solches Einvernehmen nicht hergestellt werden, entscheidet ein Landesparteitag. Ein entsprechender Antrag lag vor. Der Kreisvorstand Stralsund, der das innerparteiliche Demokratiegebot verletzt sieht, reagierte mit einem eigenen Antrag, durch den der Status quo festgeschrieben werden sollte. Auf das Urteil der Delegierten wollte man sich aber nicht verlassen. Am Tag vor dem Parteitag brachten die Stralsunder das Schweriner Landgericht dazu, per einstweilige Verfügung dem Parteitag die Behandlung des Fusionsantrages zu verbieten. Da das Urteil jedoch noch nicht zugestellt worden war, blieb der Antrag nach Abstimmung auf der Tagesordnung.

Fortsetzung Seite 4

**In dieser
Ausgabe**

Seite 2 : Editorial
Seite 3 : Hört die Signale!
Seite 4 : Landesparteitag
Seite 5 : 5. Sozialgipfel
Seite 6 : Fraktionsklausur
Seite 7 : Naher Osten
Seite 8/9: Katja in Rostock

Seite 10 : Mühlenfest
Seite 11 : Offener Brief
Seite 12 : Dütsche gegen Hitler
Seite 13 : 9. September 2012
Seite 14 : Golodkowski
Seite 15 : Termine
Seite 16 : Urlaubserlebnis

Editorial

Wie schafft es DIE LINKE nur immer wieder, sich selbst ein Bein zu stellen? Antworten gibt vielleicht der Bericht über den Landesparteitag in dieser Ausgabe des Klartext. Nun sollten wir uns wieder politischen Inhalten zuwenden. Die Bundestagswahl steht vor der Tür, am 2.11. werden wir den Direktkandidaten für Rostock und Umgebung wählen. Der Kreisverband Landkreis Rostock hat sogar drei Wahlkreise zu betreuen.

Im Klartext könnt Ihr wieder einmal lesen, wofür DIE LINKE steht: für Antifaschismus und Antirassismus (Bericht über Lichtenhagen, Artikel von Kurt Kaiser), für die Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs (Bericht über das Bündnis „Unsere Bahn soll weiterfahren“), für Vergangenheitsbewältigung (Buchrezension) und für konsequente Friedenspolitik (Brief zum Friedensfest in Graal-Müritz). Darüber hinaus gibt es Berichte von der Klausur unserer Landtagsfraktion, vom Besuch Katja Kipping in Rostock sowie über das Dierkower Mühlenfest, auf dem DIE LINKE mit

einem Kuchenstand präsent war. Auf unserer Internetseite findet Ihr zudem einen sehr ausführlichen Artikel über die Pflgetour der Landtagsfraktion: www.dielinke-rostock.de/rostock/klartext/.

Auch in diesem Monat gibt es eine Buchrezension von mir. Es soll aber niemand glauben, dass ich nur ein Buch im Monat lese. Das stimmt nicht! Viel Vergnügen beim Lesen des Klartext wünscht Euch Carsten Penzlin



KLARTEXT online

Abschiebung von Flüchtlingen ist zutiefst unmenschlich

„Die Angst der Asylbewerberinnen und Asylbewerber vor Abschiebungen ist schrecklich und unerträglich“, erklärte der migrationspolitische Sprecher der Linksfraktion, Hikmat Al-Sabty. Er nahm am 19.9. an einer Solidaritätskundgebung in Rostock teil, die aus Anlass des Selbstmords des Asylbewerbers Mohammed Rahsepar durchgeführt wurde. „Mitunter ist die Angst, wieder Verfolgung, Folter und Tod im Herkunftsland ausgesetzt zu sein, so stark, dass verzweifelt Auswege gesucht werden, der Bedrohung zu entkommen“, so Al-Sabty. Dies zeige sich unter anderem im traurigen Fall des Asylbewerbers Rahsepar, der sich im Januar im Flüchtlingslager in Würzburg aus Angst vor seiner Abschiebung erhängte. „Es ist erschütternd, dass es in der vergangenen Woche wieder zwei versuchte Selbsttötungen von Flüchtlingen aus dem Iran im bayerischen Weiden gegeben hat. So kann es nicht weitergehen“, betonte Al-Sabty. Das Leben der Flüchtlinge unter der Angst vor Abschiebungen und unter den schlechten Lebensbedingungen in den Massenunterkünften sei zutiefst unwür-

dig und unmenschlich. „Wir fordern den Stopp der menschenunwürdigen Abschiebungen, ein Ende der Kettenduldungen sowie eine deutliche Verbesserung der Lebenssituation der Flüchtlinge auch in Mecklenburg-Vorpommern“, betonte Al-Sabty. „Dazu gehören z.B. die dezentrale Unterbringung und Sprachförderung von Anfang an.“

Impressum

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE. Rostock
Geschäftsstelle Rostock
Stephanstraße 17
18055 Rostock
Telefon: 0381-4920010
Telefax: 0381-4920014
E-Mail: info@dielinke-rostock.de
Internet: www.dielinke-rostock.de

Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Rostock

Geschäftsstelle Bad Doberan
Marktstraße 1
18209 Bad Doberan
Telefon: 038203-62391
Telefax: 038203-62180
E-Mail: dbr@die-linke-mv.de
Internet:
www.die-linke-landkreis-rostock.de.

Geschäftsstelle Güstrow
Markt 34
18263 Güstrow
Telefon: 03843-687311
E-Mail: guestrow@die-linke-mv.de

Redaktion:
Peter Möller, Peter Hörnig,
Dr. Carsten Penzlin, Jörn Schulz,
Katharina Schlaack

Internet: www.dielinke-rostock.de

E-Mail: redaktionklartext@yahoo.de

Layout:
Andreas Reinke

Stadtdruckerei Weidner
Auflage: 1.200

Spendenkonten der LINKEN:

Bad Doberan:	Rostock:
KNr: 1015583	KNr: 430002084
BLZ: 13061128	BLZ: 13050000
Raiffeisenbank	OSPA-Rostock

Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor. Die vollständige Fassung eines gekürzten Beitrages erscheint in der Online-Ausgabe des KLARTEXT, sofern sie frei von persönlichen Diffamierungen und Beleidigungen ist.

Abonnement:
2,00 € pro Monat
(Spende + Versandkosten)

Einladungen!

Zu der Mitgliederversammlung des Kreisverbandes Rostock (territoriale Versammlung aller wahlberechtigten Mitglieder) **am 2. November 2012 um 17 Uhr** zur Wahl der 18 Vertreter_innen für die Landesvertreter_innenversammlung am 13.04.2013 in Göhren Lebbin.

Zu der Mitgliederversammlung aller wahlberechtigten Mitglieder des Wahlkreises 14 **am 2. November 2012 um 18 Uhr** zur Aufstellung einer Wahlkreisbewerber_in (Direktkandidat_in).

Die Versammlungen finden nacheinander in der **Rostocker Stadthalle, Südring 90 18059 Rostock, im Saal 2** statt.

Genossinnen und Genossen, liebe Freunde – HÖRT DIE SIGNALE!

Der Kreisvorstand hat für den Kreisverband Landkreis Rostock der Partei DIE LINKE wie jedes Jahr, auch für das Jahr 2012, einen Finanzplan beschlossen. Dieser Plan ist Bestandteil der Gesamtplanung des Landesverbandes. Diese kann wiederum nur funktionieren, wenn die Einzelpläne, also die der Kreisverbände, eingehalten werden. An dieser Stelle haben wir ein Problem! Der Erfüllungsstand zum 30. Juni müsste rein theoretisch auch bei den Einnahmepositionen mindestens 50 Prozent betragen. Macht er aber nicht.

Woran liegt das?

Bei den Beiträgen liegen wir bei 47 %. Bei den Spenden erzielten wir bisher 38 % der Plansumme, wobei die erreichte Summe bei den Barspenden nur 8 % aufweist. Die Mandatsträgerbeiträge, also die Spenden unserer Kommunalvertreter von ihren Sitzungsgeldern, weisen einen Erfüllungsstand von nur 22 % auf.

Was heißt das für unsere finanzpolitische Arbeit im 2. Halbjahr 2012? Jedes Mitglied muss den Stand seiner Beitragskassierung überprüfen. Es gibt Mitglieder, die ihren letzten Beitrag im Jahr 2011 entrichtet haben. Ein weiteres Problem ist die Beitragshöhe. Bitte kontrolliert an Hand der Beitragstabelle, ob die Höhe eures Beitrages den Statuten entspricht und ob ihr mit eurem Beitrag auf dem Laufenden seid. Nutzt das Beitragslastschriftverfahren durch die Landesgeschäftsstelle!

Bitte unterstützt unseren Kreisverband mit konkreten Spendensammlungen! Nicht nur in Vorbereitung auf das Bundestagswahljahr 2013 ist jede Spende von außer-

ordentlich großer Bedeutung für unseren Kreisverband. Wir benötigen Geld für die tägliche politische Arbeit, für den Druck unserer Zeitung „KLARTEXT“, für die Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebes in Bad Doberan und Güstrow. Außerdem hängt davon auch das Weiterbestehen der Außenstelle in Bad Doberan ab.

Das können wir nur gemeinsam schultern!!! Geringeren Mitgliederzahlen können wir durch die Neugewinnung von Mitgliedern oder aber höheren, finanziellen Einnahmen entgegen wirken.

Nutzt die Zusammenkünfte in den Basisorganisationen, um über die o.g. Probleme zu sprechen und uns, als Kreisverband, konkret zu helfen.

Die bestehenden Kontoverbindungen für eure Hilfeleistungen lauten:

DIE LINKE.KV Bad Doberan
Raiffeisenbank eG Bad Doberan
Kontonummer: 101 55 83
Bankleitzahl: 130 611 28

DIE LINKE.KV Güstrow
HypoVereinsbank
Kontonummer: 28 606 707
Bankleitzahl: 200 30000

Solidarische Grüße

Peter Hörnig
Kreisgeschäftsführer

Beitragstabelle auf Seite 7





Die Satzungslage ist nicht eindeutig, denn anders als in der Bundessatzung fehlt in unserer Landessatzung der Passus, dass bei fehlendem Einvernehmen ein Landesparteitag über eine Fusion von Kreisverbänden entscheiden kann. Es existieren juristische Gutachten, in die unsere Delegierten jedoch keinen Einblick hatten. Es blieben Zweifel, ob es politisch sinnvoll ist, eine Fusion gegen den massiven Widerstand der Betroffenen durchzusetzen. In den Wochen vor dem Parteitag hatte es auch aus dem Kreisverband Vorpommern/Rügen Stimmen gegeben, die vor einer Lähmung der politischen Arbeit warnten. Auf dem Parteitag gelang es nicht, eine Zweidrittel-Mehrheit für den Fusionsantrag zu organisieren (statt 64 gab es nur 57 Ja-Stimmen). Der Landesverband befindet sich nun in einem rechtlich nicht geklärten Zustand.

Das mediale Echo nach dem Parteitag war verheerend. Von einem tief zerstrittenen Landesverband war die Rede. Davon kann freilich keine Rede sein. Der Leitantrag A1 („Soziale Gerechtigkeit und Demokratie zurückgewinnen!“) wurde ohne Gegenstimme bei wenigen Enthaltungen verabschiedet. Im Antrag wird der Demokratieabbau zu Gunsten von Banken und Kapitalmärkten kritisiert, ebenso die rigide Sparpolitik in den südeuropäischen Staaten. Unser Parteiprogramm zeigt die Alternativen auf. Mit der Forderung nach einer solidarischen Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege so-

wie der Angleichung des Rentenwertes Ost an den Rentenwert West wurden Schwerpunkte des kommenden Bundestagswahlkampfes deutlich. Der Kampf gegen den Neofaschismus und die Ablehnung der „Extremismusklausel“ sowie die Forderung nach einer hochwertigen und elternbeitragsfreien Kinderbetreuung stellten weitere Kernpunkte des Leitantrages dar.

Steffen Bockhahn forderte in seiner Rede eine grundsätzlich andere Finanzpolitik: Einnahmen erhöhen, von



Oben nach Unten umverteilen, die Haushalte nicht auf Kosten der Kommunen sanieren, die Ostlöhne den Westlöhnen anpassen, um die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern. Die Politik der SPD und der Grünen sei in dieser Frage unglaublich, da sie in Bundestag und Bundesrat keine

entsprechenden Anträge stellten. Wer soziale Gerechtigkeit wolle, müsse das Original wählen: DIE LINKE.

Bundesgeschäftsführer und Wahlkampfleiter Matthias Höhn mahnte in seiner Rede eine verständliche Sprache für das Wahlprogramm an, in das man nicht alles hineinschreiben sollte, was uns wichtig sei. Es gelte, Schwerpunkte zu setzen. Im Oktober beginnt die Vordebatte zum Programm, das im Februar in einer ersten Fassung vorgestellt und auf Regionalkonferenzen diskutiert werden soll.

„Seid einig, einig, einig“, forderte die Vorsitzende des Arbeitslosenverbandes Marion Drögsler in Ablehnung an Friedrich Schiller. Dem ist nichts hinzuzufügen.

Text: Carsten Penzlin, Foto: Ronny Schmidt

„Demographischer Wandel in Mecklenburg-Vorpommern und seine Auswirkungen auf die gesundheitliche und soziale Daseinsvorsorge“

Auszug aus dem Grußwort von Regine Lück anlässlich des 5. Sozialgipfels der Volkssolidarität, des Sozialverbandes Deutschland und des Sozialverbandes VdK M-V am 11. September 2012 in Schwerin.

Sehr geehrte Damen und Herren, die demographischen Fakten sprechen für sich. Mecklenburg-Vorpommern hat sich seit der Wende vom jüngsten zu einem der ältesten Bundesländer in Deutschland gewandelt. Diese Veränderungen in der Altersstruktur der Gesellschaft kommen weder unerwartet noch ist dieser Prozess unerforscht. Die heutige Alterspyramide ist Ergebnis der schon seit vielen Jahren zu beobachtenden langfristigen Bevölkerungsentwicklung. Eine höhere Lebenserwartung und niedrige Geburtenraten sind Ursachen dafür und Mecklenburg-Vorpommern ist von diesem Prozess früher betroffen als andere Bundesländer. So sehr diese Tatsache des Älterwerdens auch zu begrüßen ist, bedeutet dies in der Folge eine große Herausforderung.

Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern hat deshalb zum Thema „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ eine Enquete-Kommission eingesetzt, in der Abgeordnete zusammen mit Vertretern der einschlägigen Verbände nach Lösungen für diese Herausforderungen suchen. Wenn der Anteil Älterer bei uns im Land steigt, dann werden wir für alle Lebensbereiche klären müssen, wie wir deren Teilhabe- und Versorgungsansprüche weiter erfüllen können. In der Enquete-Kommission wird deshalb beraten, welche Maßnahmen erforderlich sind und wer diese Maßnahme bezahlt – ob in den Bereichen Wohnen, Mobilität, Arbeit und Ehrenamt oder auch Bildung, Gesundheit und Pflege.

Der demographische Wandel betrifft nicht nur unser Land, sondern ganz Deutschland und die Probleme, die aus dem demographischen Wandel entstehen, sind absehbar und bestimmt nicht von der Politik alleine zu lösen. Die Veränderungen beschränken sich nicht nur auf Einzelne, sondern wirken sich auf die Familien, die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt, die sozialen Sicherungssysteme und die Gesellschaft insgesamt aus. Wie bei allen lang-

fristigen Entwicklungen, deren Folgen für die Allgemeinheit erst im Jahr 2020, oder 2050 sichtbar werden, droht die Zeit ungenutzt zu verstreichen, die für die Entwicklung von Alternativen und ein Umdenken in der Praxis benötigt wird. Die Politik hat die Verpflichtung, frühzeitig die notwendigen Gegenmaßnahmen einzuleiten. Es gibt kaum einen Bereich in der Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, der davon nicht direkt oder indirekt betroffen ist.

Die Zukunft unseres Landes hängt dabei davon ab, wie gut es der Gesellschaft gelingt, die Lebensbedingungen zu verändern, wenn der Altersdurchschnitt der Bevölkerung steigt und zugleich der Arbeitskräftenachwuchs mit der abnehmenden Zahl von Jugendlichen schrumpft.

So wird es für die Unternehmen überlebenswichtig, Antworten auf die Fragen zu finden, wie fehlende Arbeitskräfte ersetzt werden können, wie die Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dauerhaft erhalten werden kann. Auf diese Entwicklung müssen sich die Unternehmen einstellen. Daher ist es notwendig, dass die Unternehmen lernen, das Potential ihrer älteren Arbeitnehmer besser zu nutzen. Dazu gehört auch eine bessere Eingliederung älterer Arbeitnehmer in den Produktionsprozess.

Während in der Wirtschaft sich vieles marktwirtschaftlich regeln muss und auf die Selbstheilungskräfte gesetzt wird, erfordert die soziale Daseinsfürsorge eigene politische Aktivitäten der Politik und der großen Sozialhilfeträger wie der Volkssolidarität, dem Sozialverband Deutschland und dem Sozialverband VdK M-V und letztlich erhebliche finanzielle Ressourcen. Ich sage ganz deutlich: Für den Sozialbereich hat die Politik eine besondere Verantwortung. Die verschiedenen Felder der öffentlichen Daseinsfürsorge – insbesondere die sozialen Dienstleistungen – werden aufgrund des demographischen Wandels als JobMotor der Zukunft in unserem Land angesehen: Der Anstieg des Anteils älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung, so wird argumentiert, führe zu einem verstärkten Bedarf an Gesundheits- und Pflegeleistungen.

Dabei wird leicht vergessen, dass die Arbeitsverhältnisse in diesen Bereichen oft

sehr schlechte Arbeits- und Entlohnungsbedingungen haben und dass es daher nicht selbstverständlich ist, dass die Anzahl der erforderlichen Fachkräfte parallel mit den Bedarfen wächst. Die Gründe hierfür sind vielfältig und liegen sowohl in der Finanzierung dieser Aufgaben als auch in der Beschäftigtenstruktur und deren Organisation und Durchsetzungsfähigkeit sowie in der Attraktivität und Wertschätzung dieser Berufe. In der Gesundheitswirtschaft haben wir zwar schon viel erreicht, aber wir müssen noch besser werden, um im Wettbewerb bestehen zu können. Wir halten an unserem Ziel fest, Mecklenburg-Vorpommern zum Gesundheitsland Nummer 1 in Deutschland zu entwickeln. Zentral wird auch die Frage sein, wie wir unsere sozialen Sicherungssysteme umbauen und ergänzen, damit die wachsende Zahl der Älteren auch künftig einen guten Lebensabend hat, ohne die Jüngeren zu überlasten. Wir müssen uns viel mehr als bisher Gedanken darüber machen, wo wir sparen können und wo das staatliche Handeln viel effizienter werden kann, damit unsere Kinder und Enkel überhaupt noch finanzielle und politische Gestaltungsspielräume haben.

Daher wünsche ich mir, dass wir auf Veranstaltungen wie dieser unsere Kenntnisse und Kräfte bündeln und vereinen. Wir müssen die Menschen erreichen, die etwas von diesem Thema verstehen und die die Dinge voranbringen können und auch, so wie sie von der Volkssolidarität, dem Sozialverband Deutschland und dem Sozialverband VdK M-V, voranbringen wollen. Wir müssen allen klar machen: Wir alle müssen gemeinsam dafür sorgen, dass auch entsprechend gehandelt wird. Denn das, was wir heute tun werden, wird ein, zwei Jahrzehnte brauchen, um nachhaltig zu wirken, aber auch dann noch Früchte tragen, wenn es uns selber längst nicht mehr gibt.

Der demographische Wandel ist gestaltbar – und indem wir diese Aufgabe annehmen, bringen wir neuen Schwung in unser Land!

Regine Lück



-Weiter mit Kraft und Ideen- Innerhalb und außerhalb des Parlaments

Fraktionsklausur in Dierhagen

Vom 4. bis 7.9.2012 traf sich die Fraktion der Linken in MV im Ostseebad Dierhagen zur jährlichen Sommerklausur. Auf dem Programm standen Themen wie Umgang mit der NPD im Landtag, Inklusion, Energiewende und der Bundestagswahlkampf für das kommende Jahr. Hier erhaltet ihr einen Überblick über die besprochenen Themen im Land sowie eine Auswertung vom Fraktionsvorsitzenden Helmut Holter zur Arbeit der einzelnen Ministerien in der Landesregierung.

Versäumnisse der Landesregierung und Arbeitsschwerpunkte für 2013

Die Linksfraktion hat sich am ersten Tag ihrer Sommerklausur auf die Arbeitsschwerpunkte für das kommende Jahr verständigt. „Die SPD hat sich vor einem Jahr für eine Politik des ‚Weiter so‘ entschieden, sie macht in der Großen Koalition mit der CDU da weiter, wo sie Ende der vergangenen Legislaturperiode aufgehört hat“, erklärte der Fraktionsvorsitzende Helmut Holter. Sie ignoriere weiterhin die großen Probleme etwa in der Bildungspolitik, die völlig dem Spardiktat unterworfen wird. „Dabei ist es doch kein Geheimnis, dass jeder Cent, der heute an den Kindern und Jugendlichen gespart wird, später zu hohen gesellschaftlichen Kosten führt“, so Holter. „Das Ziel, dass wir für alle Kinder, unabhängig von ihrer Herkunft, eine gute Bildung erreichen wollen, bleibt deshalb auch künftig einer der Schwerpunkte der Arbeit.“ „SPD und CDU lassen die Kommunen mit ihrer prekären Finanzsituation und den vielschichtigen Problemen infolge der Kreisgebietsreform allein“, erklärte Holter. Die Kreise seien hochverschuldet, und auf den lange angekündigten Zukunftsvertrag warteten sie bis heute vergeblich. „Wir werden deshalb auch künftig nicht nachlassen, uns für eine finanzgerechte Finanzausstattung der Kommunen einzusetzen.“ Große Defizite in der Arbeit der Landesregierung sieht die Linksfraktion auch in der Kulturpolitik des Landes. „Kunst und Kultur sind doch enorm wichtige Pfunde, mit denen MV wuchern muss“, so Holter. „Stattdessen weiß niemand, wie es mit den Theatern und Orchestern, den archäo-

logischen Schätzen, den Bibliotheken und vielen allen kulturellen Gütern weitergehen soll.“

„Die genannten Bereiche sind nur ein Teil der vielen Aufgaben die vor uns liegen. Ziel war, ist und bleibt es, das Land sozial gerechter zu gestalten – für die Menschen, mit den Menschen. Wir werden weiterhin kraftvoll Opposition gestalten und innerhalb und außerhalb des Parlaments unsere inhaltlichen Alternativen anbieten“, betonte Holter.

„Schweriner Weg“ ist ein Baustein im Kampf gegen Rechtsextremismus

Der weitere Umgang mit der NPD stand am Mittwochvormittag im Mittelpunkt der Beratungen der Linksfraktion auf ihrer Klausur in Dierhagen. Grundlage war die jüngst veröffentlichte Studie „Die Auseinandersetzung der demokratischen Parteien mit der NPD in Mecklenburg-Vorpommern“. Der Autor der Studie hält den „Schweriner Weg“, den Umgang der demokratischen Fraktionen im Landtag mit der NPD, für eine in weiten Teilen erfolgreiche Strategie, die in erster Linie eine breite zivilgesellschaftliche Debatte über die NPD und ihre Themen verhindert. „Aus unserer Sicht hat sich der Schweriner Weg bewährt – nicht als das einzige Instrument in der Auseinandersetzung mit der rechtsextremistischen NPD, sondern als ein Baustein“, sagte der innenpolitische Sprecher der Linksfraktion, Peter Ritter. Jetzt gelte es, diese Strategie wirksam auf die kommunale Ebene zu übertragen. „Selbstverständlich kann und darf dieser Weg nicht das einzige Mittel sein. Selbstverständlich brauchen wir eine breite gesellschaftliche Debatte. Selbstverständlich sind alle Demokratinnen und Demokraten gefordert, jede und jeder an seinem und ihrem Platz, Demokratie und Toleranz zu stärken und zu fördern.“

Aus Sicht der Linksfraktion muss im Kampf gegen Rechtsextremismus endlich ein rechtssicheres NPD-Verbotsverfahren auf den Weg gebracht werden. „Auch hier gilt selbstverständlich, dass dies nicht der Weisheit letzter Schluss sein kann“, sagte Ritter. Damit seien weder das rechtsextremistische Gedankengut noch dessen Anhängerinnen und seine Anhänger aus der

Welt. „Es ist ganz dringend erforderlich, dass die politische Bildungsarbeit verstärkt wird, wir müssen über die Verbrechen des deutschen Faschismus aufklären, in dessen Tradition die neuen Nazis stehen“. Darüber hinaus muss den Rechtsextremisten der Nährboden entzogen werden. „Zu einer wirksamen Prävention gehören Möglichkeiten der demokratischen Teilhabe genauso wie Perspektiven bezüglich des beruflichen und privaten Lebens. Nur so können wir selbstbewusst, kritisch und weltoffen der menschen- und demokratieverachtenden NPD-Ideologie entgegenreten.“

Sozial verträgliche, dezentrale und bürgernahe Energiewende ist machbar!

Die Energiewende stand am Mittwochnachmittag im Mittelpunkt der Diskussion auf der Sommerklausur der Linksfraktion in Dierhagen. Die Debatte rankte sich um die zentrale Frage, wie es gelingen kann, die Energiewende schnell und sozial verträglich umzusetzen.

„Die gegenwärtige Debatte über Erneuerbaren Energien als Auslöser für die ständig steigenden Strompreise ist aus unserer Sicht total verlogen“, erklärte die energiepolitische Sprecherin der Fraktion, Dr. Mignon Schwenke. Ursache für dieses Schüren von Ängsten bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern sei die Weigerung der großen Energiekonzerne, die erforderliche Energiewende zügig voranzubringen. „Allein die Gewinne von RWE und E.ON im letzten Jahr überstiegen die gesamte Förderung der erneuerbaren Energien“, so Frau Schwenke. „Wenn die schwarz-gelbe Bundesregierung energieintensive Industrien subventioniert und dies von den privaten Verbraucherinnen und Verbrauchern bezahlen lässt, dann brauchen wir uns doch über steigende Strompreise nicht zu wundern.“ Aus Sicht der Linksfraktion ist eine sozial verträgliche, dezentrale und bürgernahe Energiewende machbar und muss beherzt in Angriff genommen werden. „Erforderlich ist nicht nur ein Sozialtarif. Die Menschen vor Ort müssen Mitspracherecht haben, sie müssen die Vorteile erkennen und haben, wenn in ihrem unmittelbaren Wohnumfeld eine Windmühle oder eine Biogasanlage

errichtet wird“, so Frau Schwenke.

Kostet nichts – geht nicht! Kosten für Inklusion nicht hinrechnen!

Der dritte Tag der Klausurtagung der Linksfraktion stand ganz unter dem Thema „Inklusion – gemeinsam anders“. „Die Fachvorträge, die Diskussionen, aber auch die Ergebnisse in den Workshops haben die vielfältigen Probleme und Herausforderungen deutlich gemacht, vor denen vor allem die Schulen und die Kindertagesstätten in

den kommenden Jahren stehen“, erklärte Simone Oldenburg, bildungspolitische Sprecherin der Linksfraktion. „Überlegungen, wonach inklusives Lernen, also das gemeinsame Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung, zum Nulltarif zu haben ist, wurde ganz klar eine Absage erteilt“, so Frau Oldenburg. In der Vergangenheit habe es auf dem Weg zur Inklusion bereits zahlreiche Irrleitungen gegeben, würden diese fortgesetzt, hieße dies, auch künftig auf dem Rücken der Kinder zu sparen. „Dann stehen wir vor einem Desaster.“ Im Ergebnis der Tagung wurde auch deut-

lich, dass es nicht ausreicht, lediglich einen Teil des Lebens der Kinder inklusiv zu gestalten. „Inklusion muss in allen Bereichen gelebt werden“, sagte Frau Oldenburg. „Alle Verantwortlichen müssen deshalb auf dem Weg mitgenommen werden. Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher in den Bildungseinrichtungen, aber insbesondere auch die Eltern müssen durch Fortbildung und andere Maßnahmen in die Lage versetzt werden, die Kinder selbstverständlich qualifiziert zu begleiten und zu fördern.“
Wahlkreisbüro Regine Lück

Hikmat al Sabty zu Gast bei den BO Warnemünde und Markgrafenheide

MdL Dr. Hikmat al-Sabty informierte uns am 17. September aus seiner Sicht zur Situation im Nahen Osten. In Syrien gibt es verschiedene politische militärische Gruppierungen. Saudi-Arabien und Katar zahlen Milliarden für Geheimarmeen in verschiedenen Regionen. Die Reformen Assads kamen zu spät. Die UNO hat einen guten humanitären Plan, der nicht verwirklicht wird. Die Kurden in Syrien spielen eine positive Rolle. Die Herrscher in Saudi Arabien, Kuwait und Katar haben Angst vor einem Aufstand im eigenen Land. In Tunesien existiert eine kommunistische Partei. Das Land hat nur Phosphat als

Bodenschatz. Die Beziehungen zwischen arabischen Ländern sind komplex. Karl-August behauptet, Russland & China könnten den Sozialismus retten.

Seine Informationen erhält Hikmat aus verschiedenen arabischen Fernsehsendern und über unterschiedliche Journalisten. „Wir sehen zu viel weg!“ sagt er. Rüstungsexport in Krisengebiete: nein! Humanitäre Hilfe für die betroffenen Menschen muss sein. Aber nicht so wie Türkei handelt, indem sie in Krankenwagen Waffen nach Syrien bringt. Der antiislamische Film ist Teil eines geheimen Plans, die Weltordnung im Interesse profitorientierter

Kräfte zu erhalten und eine `Islamisierung` zu verhindern.

Ein Warnemünder Genosse sagte, die Welt ist nicht friedlicher geworden. Renate: „Was könnte mit den Rüstungsgeldern gutes für Kultur und Bildung erreicht werden.“ Ein anderer Genosse zitierte sogar eine Boulevardzeitung, die behauptet der Islam wäre Schuld. Heinz entgegnete mit großer Zustimmung der Anwesenden: „Religion darf man nur die positiven Seiten abgewinnen.“ Gerhard berichtete aus persönlichen Erfahrungen: Religion und Nationalitäten werden missbraucht (Beispiel Jugoslawien). Nur die Bundestagsfraktion kann öffentlichkeitswirksam

Friedenspolitik machen, wir können nichts tun. Brigitte entgegnete: „Wir dürfen uns nicht verkriechen.“ Freunde, Kinder und Enkel müssen von uns Tatsachen erfahren, die durch Medien verschwiegen werden. Hikmat berichtete, dass unsere Genossen in Ludwigslust sich nicht verkrochen haben. Sie haben der Nazi-Provokation vor dem Versammlungsort eine spontane Gegendemo entgegengesetzt.

Die Themen Bundestagswahl, Programm 2020+, Rente und Pflege kamen wegen Marianne Linkes `Zeitklau` hingegen zu kurz. Henry stellte fest: Ihre „erfolgreichen gesetzkonformen Aktivitäten“ kosten nicht nur Zeit, Kraft, Ansehen, sondern auch unsere Mitgliedsbeiträge. Das ist nicht akzeptabel!

Brigitte konnte für ihre Volkssolidaritätsgruppe Geld sammeln. Hikmat möchte wieder zu uns kommen, wenn wir möchten. Wir wollen! Schaut bitte bei www.ruhig-brauner.de rein.

Henry (BO Sprecher Markgrafenheide und Hohe Düne)

Beitragstabelle

Sie ist der Orientierungsrahmen für die Entrichtung des Mitgliedsbeitrages. Jedes Mitglied stuft sich im Rahmen der Tabelle ohne Nachweispflicht selbst ein und legt seinen Mitgliedsbeitrag selbst fest. Je unterhaltsberechtigtes Familienmitglied kann eine Beitragsstufe niedriger gewählt werden. Weitere gesetzliche Unterhaltsverpflichtungen mindern das Nettoeinkommen um den jeweiligen Unterhaltsbetrag. Der so festgelegte Mitgliedsbeitrag gilt als satzungsgemäß. Der für die jeweilige Einkommensspanne angegebene Betrag des Mitgliedsbeitrages gilt jeweils als Mindestanforderung für die Entrichtung des Beitrages.

Monatliches Nettoeinkommen in Euro	Monatlicher Mindestbeitrag in Euro
unter 400	1,50
über 400 bis 500	3,00
über 500 bis 600	5,00
über 600 bis 700	7,00
über 700 bis 800	9,00
über 800 bis 900	12,00
über 900 bis 1000	15,00
über 1000 bis 1100	20,00
über 1100 bis 1300	25,00
über 1300 bis 1500	35,00
über 1500 bis 1700	45,00
über 1700 bis 1900	55,00
über 1900 bis 2100	65,00
über 2100 bis 2300	75,00
über 2300 bis 2500	85,00
darüber:	4 Prozent des Nettoeinkommens



Lichtenhagen bewegte sich

20 Jahre nach den ausländerfeindlichen Ausschreitungen vor dem Sonnenblumenhaus in Rostock-Lichtenhagen gab es eine Reihe von Veranstaltungen zum Gedenken an dieses traurige Kapitel Rostocker Geschichte. DIE LINKE beteiligte sich auf vielfältige Weise.

Am Rathaus erinnert nun eine Gedenktafel an die Ereignisse von 1992. Bei einer Kundgebung mit rund 1500 Teilnehmern brachten die Initiatoren des Bündnisses „20 Jahre nach den Pogromen – Das Problem heißt Rassismus“ eine Plexiglas-Tafel an. Auf der Gedenktafel wird zugleich der

Millionen Juden, Sinti und Roma gedacht, die dem Völkermord der Nationalsozialisten zum Opfer fielen. Das deutsche Volk habe die historische Verpflichtung, „zu verhindern, dass sich Gewalt und Menschenverachtung je wiederholen“, heißt es. Die Zukunft der Tafel ist ungewiss, da die Mehrheit der Bürgerschaft, darunter die SPD, sie gerne entfernen lassen würde. Unsere Fraktion kämpft jedoch für die Gedenktafel.

Nach der Kundgebung am Neuen Markt und der anschließenden Demo durch Lütten Klein und Lichtenhagen fand am

Abend direkt auf dem Parkplatz hinter dem Sonnenblumenhaus das antirassistische Konzert „Beweg dich für Bewegungsfreiheit!“ statt, das dank der fleißigen Organisatoren von Linksjugend Solid zu einem unvergesslichen Erlebnis für etwa tausend Zuhörer_innen wurde.

Begleitet von einem Großaufgebot der Polizei begaben sich am folgenden Sonntag Gruppen von Radlern auf eine Sternfahrt nach Lichtenhagen. An der Strecke sorgte DIE LINKE in Reutershagen für eine Erfrischung. Das Angebot wurde dankbar angenommen. Auf dem Volksfest hinter dem Sonnenblumenhaus war DIE LINKE mit einem Stand vertreten (gemeinsam mit SPD und Gewerkschaften). Es wurde nicht nur (vergeblich) eine Eiche gepflanzt, es sprach auch der Bundespräsident zu den Anwesenden. Gauck war von der Wiese aus kaum zu erkennen, so großräumig war die Bühne abgesperrt worden. Dazu noch ein VIP- und ein Pressezelt, beide eines Volksfestes unwürdig. Davon unbeeindruckt genossen die Bürgerinnen und Bürger den schönen Sonntag bei Gesprächen, Bier und Bratwurst.

Carsten Penzlin



Katja Kipping zu Gast in Rostock

Im Rahmen ihrer Sommertour stattete nach ihrem Co-Vorsitzenden Bernd Riexinger auch Katja Kipping Rostock einen Besuch ab. Am 18.8. traf sie sich zuerst mit den Organisatoren von Lichtenhagen bewegt sich, um über die Ereignisse vor 20 Jahren sowie aktuelle Fragen der Ausländerpolitik zu diskutieren. Sie forderte u.a. die deutschlandweite Abschaffung der Residenzpflicht für Asylbewerber sowie deren dezentrale Unterbringung. Hass gegen Ausländer sei kein Rostocker, sondern ein gesamtgesellschaftliches Problem.

Danach stellte sich Katja in der Stadthalle den Fragen von Mitgliedern unseres Landesvorstandes und der Kreisverbände. Das tat sie sympathisch und kompetent, mal mit mal ohne kleine Tochter im Arm. Katja sprach von einem guten Lauf, den DIE LINKE unter der neugewählten Füh-

rung habe. Es sei gelungen, Themen zu setzen, insbesondere Themen aus dem Alltag wie die explodierenden Wohnungsmieten. Dass die Umfragewerte unserer Partei trotzdem nur langsam steigen, trübe die Freude. Immerhin sei ein deutlicher Aufwärtstrend erkennbar, nachdem DIE LINKE in internen Umfragen vor dem Göttinger Parteitag schon unter die 5-Prozent-Marke gefallen sei. Besorgt ist Katja auch über die finanzielle Lage der Partei, denn die schlechten Ergebnisse bei den Landtagswahlen im Westen führen zu deutlich weniger Einnahmen etwa aus der Wahlkampfkostenrückerstattung. Es sei dringend erforderlich, die Mitgliedsbeiträge im Westen zu erhöhen.

Nicht nur wegen des knappen Geldes schlägt Katja Kipping vor, dass die Mitglieder der Partei in den kommenden

Wahlkämpfen im Mittelpunkt stehen sollen. Vielleicht können wir den Wettbewerb um die besten und überzeugendsten Wahlkämpfer_innen gewinnen. Vor allem ist es nötig, in unseren Hochburgen früh präsent zu sein, vor allem dort, wo eine geringe Wahlbeteiligung zu erwarten ist. Damit legte Katja den Finger in die Wunde, gelingt es uns doch viel zu wenig, unser Klientel an die Wahlurnen zu bringen.

Was die Inhalte angeht, so fordert Katja eine Verständigung auf einen Kern zentraler Merkmale der LINKEN. Unsere Partei ist ein Schutzfaktor gegen Sozialabbau, eine Kreativwerkstatt für neue soziale Ideen (hier brachte Katja die Idee einer Abwrackprämie für alte Elektrogeräte ins Spiel). DIE LINKE ist die Partei des Öffentlichen, denn nur Reiche können sich einen armen Staat leisten. In diesem Punkt sei

die Piratenpartei angreifbar, denn sie weigert sich einer Politik der Umverteilung. Wir hingegen sind Vorturner in der gesellschaftlichen Debatte über dieses Thema. Nur wir sind unabhängig von Konzernen und ihren Spenden. Nur wir fordern ein generelles Verbot von Rüstungsexpor-

den) anhand konkreter Beispiele für den Wähler erfahrbar machen können. Das Problem ist, räumte Katja Kipping ein, dass sobald die SPD eines unserer Themen aufgreift, wir damit nicht mehr punkten können. Bei der Gretchenfrage „Wie hältst Du's mit der SPD“ (Katja und Bernd hat-

Grüne gesendet) gab es kritische Nachfragen. Schließlich sind die diesbezüglichen Erfahrungen der letzten Jahre in M-V nur negativ. So forderte Helmut Holter, eine Regierungsbeteiligung nicht vor der Wahl ins Spiel zu bringen, sondern stattdessen unsere Eigenständigkeit zu betonen. Zwar hält Katja eine rot-rot-grüne Koalition im Bund für sehr unwahrscheinlich, aber man solle es der SPD nicht zu leicht machen, uns die Schuld am Scheitern eines richtigen Machtwechsels zu geben. Die SPD müsse ein Nein ihren Wählern und Mitgliedern erklären.

In der weiteren Diskussion gab es u.a. die Forderung, die Kultur mehr in den Mittelpunkt unserer Politik zu stellen. Aber auch hier gilt: Zu viele Themen schaden der Profilbildung in unserer nach knackigen Schlagzeilen gierenden Mediengesellschaft.

Nach dem Ende ihrer Sommertour freute sich Katja über „eine tolle Partei und sehr aktive Genossinnen und Genossen“. Auf der Tour, die medial gut widerspiegelt wurde, konnten unsere beiden Vorsitzenden eine Reihe von Themen setzen: von der Energiewende über Steuergerechtigkeit und Mindestlohn bis zur Bankenkrise.



ten. Gerade dieses Thema sei ein Beispiel dafür, wie wir ein allgemeines Thema (Frie-

ten kurz zuvor in einem Zeitungsinterview Koalitionssignale in Richtung SPD und

Carsten Penzlin

Im kommenden Jahr werden in allen Facetten Erinnerungen und Interpretationen anlässlich der Erinnerung an den 17. Juni 1953 an uns herangetragen werden. Die ganze Breite von „Volksaufstand“ bis „konterrevolutionärer Putschversuch“ wird angeboten werden. Wir wollen erinnern an die in der damaligen historischen

Situation vorhandenen Umstände – weltpolitisch, innenpolitisch in der DDR und in der BRD, wirtschaftlich.

Neben der Darstellung von Fakten wollen wir uns aber bemühen, persönliche Erinnerungen und Erlebnisse zur Sprache zu bringen. Wir bitten alle unsere Leser, wenn sie Zeitzeugen sind, uns dabei zu un-

terstützen oder uns Hinweise zu schicken mit wem die Redaktion das Gespräch suchen sollte. Eine für Jeden gleichermaßen akzeptable Interpretation der Ereignisse wollen (können) wir nicht liefern, zur Versachlichung der Diskussion möchten wir aber unseren Beitrag leisten.

Runde Geburtstage

Runde Geburtstage September 2012

Brunhilde Ketelhut	BO Rerik	81. Geburtstag
Horst Knölck	BO Kritzmow	84. Geburtstag
Ingeborg Krohn	BO Cammin	82. Geburtstag
Antje Moll	BO Sanitz	75. Geburtstag
Werner Raddatz	BO Lichtenhagen-Dorf	75. Geburtstag
Hannelore Rozycki	BO Retschow	60. Geburtstag

Runde Geburtstage Oktober 2012

Heike Ambrecht	BO Neubukow	45. Geburtstag
Klaus-Volker Bittner	BO Sanitz	70. Geburtstag
Elisabeth Cordshagen	BO Kröpelin	84. Geburtstag
Eleonore Glinsky	BO Sanitz	86. Geburtstag
Emmi Hauth	BO Satow	93. Geburtstag
Dietmar Linske	BO Kröpelin	60. Geburtstag
Horst Thielert	BO Kammerhof Bad Doberan	83. Geburtstag
Dorette Wassilewsky	BO Amt Rostocker Heide	82. Geburtstag



Mühlenfest - wie immer ein voller Erfolg

In diesem Jahr feierte das Mühlenfest am 01. September auf der Mühlenwiese im Rostocker Nordosten sein achtjähriges Bestehen. Das Einwohnerfest ist ein wichtiger Bestandteil für Dierkow und Toitenwinkel und kann zu Recht stolz darauf sein, so ziemlich das einzige Rostocker Stadtteilfest zu sein, dass nicht nur über die Jahre bestehen konnte und immer noch wächst, sondern sich über Spenden und Sponsoren sowie viele Ehrenamtliche sogar selbst finanzieren kann.

So freute sich unsere Landtagsabgeordnete und 2. Vizepräsidentin des Landtags, Regine Lück, in diesem Jahr die Eröffnungsrede zum Mühlenfest halten zu dürfen und die vielen Angebote aus dem Stadtteil an den zahlreichen Ständen kennenzulernen. Besonders die bunten und liebevoll ausgestalteten Stände der verschiedenen Träger für Kinder und Jugendliche zeigten, wie viel dem Dierkower und Toitenwinkler Nachwuchs geboten wird.

Neben Kino, Melkstände, Stockpferd-Basteln und -Reiten gab es weitere Handarbeits- und Bastelangebote sowie Möglichkeiten, um sich körperlich auszutoben. Mittenmang wurden kleine Obstkörbe mit frisch geernteten Früchten unter die Leute gebracht. Ein großer Erfolg wurde dabei der Kuchenbasar der LINKEN, die als einzige Partei einen Stand auf dem Mühlenfest hatte.

Von Freitag bis Sonntag gab es von mittags bis abends Programm für Jung und Alt, auf der Bühne, beim Mühlenlauf und beim feierlichen Mühlenfeuerwerk. Insgesamt entwickelt sich der Rostocker Nordosten gut, die Dierkower freuen sich auf ihr im Bau befindliches neues Stadtteilbegegnungszentrum (SBZ), während die Toitenwinkler leider durch die Insolvenz der TEZ auf ihr neues SBZ-Grundstück warten müssen.

Wahlkreisbüro Regine Lück



Für einen starken ÖPNV!

Am 22.8. von 7.00 Uhr bis 9.00 Uhr sammelten Mitglieder der Linksjugend [,solid] und der Partei DIE LINKE in Rostock Unterschriften zum Erhalt der von Streichungen bedrohten Bahnlinien. Zum Fahrplanwechsel im Dezember 2012 plant das Verkehrsministerium Mecklenburg-Vorpommern die Streichung von zahlreichen Bahnverbindungen. Vorgesehen sind Taktausdünnungen sowie die Abbestellung einzelner Züge, manche Linien sollen sogar komplett eingestellt werden. Diese Entscheidung wird voraussichtlich gefällt, ohne den Landtag darüber abstimmen zu lassen und geht somit an großen Teilen der Öffentlichkeit vorbei.

Betroffene dieser Einsparungen sind vor allem Schüler_innen, Studierende, Auszubildende, Arbeitnehmende, Senior_innen sowie die ehrenamtlich Tätigen und die Tourismusbranche unseres Landes. Wir setzen uns als Bündnis verschiedener Jugendorganisationen für den Erhalt der Bahnverbindungen in größtmöglichem Umfang ein. Wir fordern das Verkehrsministerium zur Kompromissbereitschaft auf. Das beinhaltet, dass wir anstelle von relativen Durchschnittszahlen eine genaue Zählung der Fahrgäste jedes Zuges erwarten. Damit würde sichergestellt, dass Verbindungen, die vor allem von Berufspendler_innen und Schüler_innen

genutzt werden, in Stoßzeiten erhalten blieben.



Nur gemeinsam sind wir stark!

Offener Brief der Kreisvorsitzenden sowie Bezirksvorsitzenden vom Seminar im September 2012 in Lage-Hörste (für Mecklenburg-Vorpommern anwesend: Peter Brill aus Schwerin)

In unserer bundesrepublikanischen Gesellschaft gibt es regionale und wirtschaftliche Unterschiede. Sie resultieren auch aus einer verfehlten Politik der vergangenen Bundesregierungen. Getrennte Tarif- und Mindestlöhne in Ost und West, unterschiedliche Rentenpunktwerte und eine Wirtschaftspolitik, die viele Bürgerinnen und Bürger sowie Regionen in Ost und West benachteiligt und gleichzeitig die geringe wirtschaftliche Leistungsfähigkeit

des Ostens manifestiert, sind hierfür nur einige Beispiele. Diese Unterschiede spiegeln sich auch in unserer Partei wieder. Einen Konflikt zwischen Ost und West sehen wir nicht! Dies beweist einmal mehr die vertrauensvolle Zusammenarbeit auf unserem Seminar. Wir unterstützen nicht die Kräfte in unserer Partei, die die angeblichen Konfliktlagen Ost-West (auch öffentlich) hervorheben. Verschiedene Treffen von Aktiven der Kreisverbände (bei Seminaren und diversen Patenschaften von Kreisverbänden und Basisorganisationen) zeigen, dass die Basis gut zusammenarbeitet. Wir wünschen uns mehr systematisch organisierte Treffen, die den Kontakt und Austausch ermöglichen.

In dieser Zeit eint uns der Kampf um einen Mindestlohn, eine soziale Sicherung für alle Menschen, eine zukunftsorientierte Bildung, eine friedliche Außenpolitik, ein Altern in Würde, ein Recht auf Arbeit sowie der Erhalt und Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge in finanziell gesicherten Kommunen. Deshalb unterstützen wir alle insbesondere die Kampagne „umFAIRteilen“ und Reichtum besteuern. Unser gemeinsames Ziel ist der deutliche Wiedereinzug in den Deutschen Bundestag im Herbst 2013.

In unserer gemeinsamen Arbeit profitieren wir von unseren vielfältigen Erfahrungen in Ost und West.

Zur Situation der Bauwirtschaft

Für den Bauverband hat unsere Fraktion immer ein offenes Ohr. Das wird geschätzt. Denn seit der neuen Landtagswahlperiode sind für die Belange der Bauwirtschaft fünf Ministerien zuständig. Das macht es schwierig Ansprechpartner zu finden und den Blick fürs Ganze zu bewahren. Zuletzt waren Prof. Thümecke, Herr Bahr und Herr Schnell vor der Sommerpause in der Fraktion zu Gast.

Der Bau boomt. Das deutsche Bauhauptgewerbe verzeichnete im letzten Jahr einen realen Umsatzanstieg von 6,5 Prozent. Das gab es in der Hälfte der 90er Jahre zuletzt. Der Bau profitiert von der Euro-Krise und den niedrigen Zinsen. Bauwillige, Anleger und Firmen nutzen die günstigen Bedingungen und investieren in „Betongold“. Die Zahlen belegen auch für unser Land Mecklenburg-Vorpommern einen positiven Trend. Nach dem aktuellen Bericht des Statistischen Landesamtes vom Juli 2012 ist das Baugewerbe im vergangenen Jahr mit 6 Prozent an der Bruttowertschöpfung des Landes beteiligt gewesen. Im Jahre 2008 waren es nur 5,5 Prozent. Die Landesregierung feiert die wirtschaftlichen Erfolge, sieht aber nicht genau hin. Denn die Halbjahresbilanz offenbart, dass die Wirtschaftslage der Bauwirtschaft hierzulande einer Achterbahnfahrt gleicht und der Bundestrend nur bedingt auf unser Land übertragbar ist. Zwar erreicht der Umsatzanstieg im Wohnungsbau Rekordniveau und beschert der Bauwirtschaft insgesamt eine positive Umsatzbilanz. Der Zenit dürfte aber auch beim Wohnungsbau erreicht sein. Denn im Halbjahresvergleich zum Vorjahr

sind deutlich weniger Baugenehmigungen erteilt worden. Außerdem stellt sich die Situation regional sehr unterschiedlich dar. Schwer wiegen die Umsatzeinbrüche im öffentlichen Bau, die ebenfalls im zweistelligen Bereich liegen. Besorgniserregend hoch ist der Auftragsrückgang im Straßenbau. Wo liegen die Gründe für den Rückgang öffentlicher Bauinvestitionen?

- Die Konjunkturpakete brachten Arbeit bis Ende 2011. 2011 stellte der Bund zudem Sondermittel bereit, um die schlimmsten Winterschäden an Straßen zu beseitigen. Dieses zusätzliche Geld fehlt in diesem Jahr.

- Wir spüren die Nachwirkungen der Kreisgebietsreform. Die von der Landesregierung versprochenen Einsparereffekte sind ausgeblieben, im Gegenteil, die Fehlbeträge stiegen. Noch immer sind nicht alle Kreishaushalte für das laufende Jahr beschlossen bzw. vom Innenministerium bestätigt worden.

- Die alte neue Landesregierung legte viel zu spät einen Haushaltsentwurf vor. Der Doppelhaushalt wurde erst vor der Sommerpause verabschiedet.

- Aber Hauptmisere ist und bleibt die angespannte Finanzlage der Kommunen. Meine Fraktion fordert seit Jahren eine aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen. Ich kann versichern, wir lassen nicht locker.

Kommunen müssen kontinuierlich investieren können. Für mich ist das eine Frage der Verteilung. Nachweislich ist die Investitionstätigkeit der Kommunen wesentlich stärker gesunken als die der Länder und des Bundes. Der Investitionsstau wächst

vor allem bei der kommunalen Infrastruktur. Die Abhängigkeit der Kommunen von Fördermitteln tut ihr übriges. Nur wenige Gewerke profitieren. Kurzzeitig entsteht eine Auftragschwemme. Der Rest des Jahres herrscht Auftragsflaute. Mit kontinuierlich gefüllten Auftragsbüchern wäre es leichter, eine schlagkräftige Stammbelagschaft zu unterhalten.

Augenscheinlich wird noch immer der größte Umsatz außerhalb unseres Bundeslandes erwirtschaftet, nach wie vor pendeln viele Bauarbeiter. Und solange Ausliegen oder lange Fahrten ein geregelter Privat- und Familienleben nicht zulassen, interessieren sich immer weniger für einen Bauberuf. Zu wenig junge Leute entscheiden sich für eine Ausbildung im Baubereich. Mehr Aufträge in der Region macht die Arbeit attraktiver für junge Menschen.

Abschließend versichere ich: Meine Fraktion setzt sich mit Nachdruck dafür ein, die zweckgebundene Finanzierung des Hochschulbaus, der Gemeindeverkehrsfinanzierung und der Wohnraumförderung durch den Bund auch nach 2013 fortzuführen.

Regine Lück (baupolitische Sprecherin der Landtagsfraktion)



Dütsche gegen Hitler

Teil I: Erinnerungen an Max Emendörfer und Prof. Dr. Georg Pitruschka

As ehemalige Soldat von de Dütsche Wehrmacht bekeem ick ein unangenehm-Gefäl - in'n Landser-Jargon wür ick seggen: „mi wür mulmig“, bi denn Gedanken up Partisanen tau drapen, dei mi un miene Kameraden bi unsen „Feldtog dörch Feindesland“ in ein Fall locken kün'. Ihrst Johre späder, nachdem ick in Kriegsgefangenschaft Tied un Gelegenheit har doroewer nahtaudenken, wür mi klor, dat nich dei Partisanen, sonnern wi dei Bösen wiern. Dor würn för mi jene Dütschen, dei as Wehrmachtsangehörige desertierten un denn Fahneid up denn Führer braken harn, dei wahren Patrioten.

Ick wier man blot 'n korte Tied ane Front. Gerad ierst 18 Johr old, har ick noch kein Erfohrung, kann oewer hüt verstahn, dat soen Entschluss, tau desertieren, denn Soldaten, vör allem 'n Offizier sihr sworfallen möst und dat Gewissen mächtig in Upruhr bringen kün.

Dat möst nu mal jeder mit sik sülvst afmaken, um fasttaustellen, dat dei faschistische Krieg, denn Dütschland anzettelt har, dei pure Wahnsinn, ein Verbräken wier. Oewer twischen so 'ne Faststellung un denn Entschluss, dorgegen wat tau dauhn, sünd noch grote psychische Afgründ'. Dei tau oewerwinnen, benödigen groten Maut.

Claus Schenk Graf von Stauffenberg wier so ein maudig Offizier, obwoill hei 1933 noch denn Machtantritt Hitlers begrüßte un an dessen Propagierung von ein „nationale Wiedergeburt“ gloewt hett. In 'n Russlandfeldtog güngen Stauffenberg denn dei Ogen up, as hei von Massenmorde dörch dei SS hürte. Hei slöt sik nu ein Wedderstandbewägung an. Wat denn an 'n 20. Juli 1944 bi'n Attentat up Hitler passierte, is hüt allgemein bekannt. Dei Nam Claus Schenk Graf von Stauffenberg is in uns hütige Geschichtsschreibung as patriotische Heldentat ingahn.

Dit wiern Stauffenbergs Wüürd: „Es ist Zeit, dass jetzt etwas getan wird. Derjenige allerdings, der etwas zu tun wagt, muss sich bewusst sein, dass er wohl als Verräter in die deutsche Geschichte eingehen wird. Unterlässt er jedoch die Tat, dann wäre er ein Verräter vor seinem eigenem Gewissen“ (1)

Dor frag ick nu uns hütigen Historiker un ok ehre „Brotherren“, worüm nich ok allen annern, dei Hitler denn Gehorsam verweigerten un gegen denn Faschismus im

Wedderstand wiern, dei ehren Patriotismus gebührende Achtung taudeil ward.

„Hitler ist verloren aber nicht Deutschland,“ säd Erich Weinert, up dei Gründungsversammlung von 't Nationalkomitee Freies Deutschland (NKFD) 1943 in Krasnogorsk bi Moskau. Un wierer säd dei Schriftsteller Erich Weinert, dat 't „... nur einen Befehl für Soldaten und Offiziere gibt, den Befehl an das nationale Gewissen: die Tat zur Rettung Deutschlands und seine Wiedergeburt als freie, unabhängige Nation!“

Ick heff vier Dütsche, mankmal ok as „Verräter“ beschimpfte Männer, persönlich kennenliert, dei einst an dei Siet von dei Rode Armee un russischen Partisanen för dei Vernichtung det faschistischen Hitlerdütschlands kämpft hemm un unsen Respekt verdeihn'. Oewer Max Emendörfer, Georg Pitruschka, Felix Scheffler un Hermann-Ernst Schauer will ick nu berichten. Max Emendörfer wür an ' 2. November 1911 in Tübingen geburn. 1931 wür hei Mitglied von dei KPD. Nah 1933 arbeit' hei in dei Illegalität. Siene Aktivitäten wür'n entdeckt un hei keem von 1934 bit 37 taun Strafvulltog in dei KZ Esterwegen un Sachsenhausen.

Foer Emendörfer stün fast, Dütschland tau verlaten sobald hei frie sien wür. Dat gelüng em as Kriegsfriewilliger in ' Januar 1942 an dei Leningrader Front, wo hei tau dei Rode Armee oewerlöp, mit denn Willen, nu wat gegen dei Faschisten tau dauhn.

Hei besöchte in'n Juli 1942 dei Antifa-Schau in'n Lager Oranki un wür in'n Juli 1943 Mitbegründer von dat Nationalkomitee „Freies Deutschland“ in Krasnogorsk bi Moskau, un dor denn ok taun Vizepräsident wählt. Von dei Tied an hett Emendörfer as Antifaschist in Kriegsgefangenenlagern un an dei Front kämpft. Hei hett sien Gewissen oewer denn up Hitler leisteten Eid stellt un Soldaten un Offiziere oewertügt, sik ok von'n Eid up einen Verbräker tau lösen un alle Moeglichkeiten för dei Rettung Dütschlands tau nutzen. Dor frag ick: Möt man soe'n Mann nich ehren, dei dörch sienen persönlichen Insatz noch väle Minschenläben – dütsche as ok sowjetische – retten kün?

Dat Gegendeil passierte: As Emendörfer 1945 in Berlin ankeem, har hei denn Wunsch, in sien Geburtsheimat, dei sik in'n Westen, also uterhalf von dei Sowjetische Besatzungszone befün, oewer siene Taukunft nahtaudenken un dor as Kommunist tau wirken. Walter Ulbricht, dei Emen-

dörfer ja ok gaud kennen deed, höl 't oewer nich för nörig, mit sien ' Genossen tau räden, siene Ansichten antauhören und em gegen ein ' Denunziation tau schützen. Einen Dag nah Max Emendörfers Ankuft in Berlin wür hei ünner denn Vörwand, ein V-Mann von dei Gestapo wäst tau sien, verhaft. Dei sowjetische Geheimdienst bröchte em in ein Speziallager, dat ehemalige KZ Sachsenhausen. Von dor keem hei 1947 in ein sowjetisch Straflager, wat ok Gulag heit. Schienbor keiner von siene Genossen interessierte sich noch för em. Ok 1952 protestierte keiner ut dei DDR-Partei- und Staatsführung as hei noch för teihn Johr nah Sibirien verbannt wür. Endlich, mit dei letzten Kriegsgefangenen wür hei 1956 in dei DDR entlaten, wat woll ein Rehabilitierung gliek kamen süll, oewer doch kein wier.

Dei DDR-Parteiführung wull dat Unrecht, wat Max Emendörfer dörch dei stalinischen Repressalien werrerföhren is, nicht taugäben, un löt dei Geschicht oewer sien Schicksal nah 1945 fälschen. In Max Emendörfs zensierte Autobiographie „Rückkehr an die Front“, würn ut 11 Johr Lagerhaft von 1945 bit 1956, „beruflich bedingte Aufenthalte“ makt un behaupt, dat hei „... an mehreren Stellen der Sowjetunion tätig gewesen und dort sehr wertvolle Arbeit geleistet“ hett. (2)

Max is ünner Androhung nieger Repressalien tau'n Stillswiegen vergattert worn. Trutzdäm hett hei disse psychische Last unbeirrt dragen, getru denn Ideen von 't Kommunistisch Manifestes un dei Losung: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!“ In November 1973 besöchte Max Emendörfer in Rostock dat „Haus der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft“ (HdF). Hei keem ut Halle, wo hei bi dat SED-Bezirksorgan „Die Freiheit“ as Redakteur bit tau sien Invalidisierung arbeit' hett. Nu wull hei twei hier ansässige ehemalige Genossen besäuken. Näbenbi interessierte hei sik ok noch för dei Arbeitswies von uns Fründschaftsorganisation, in dei ick tau dei Tied hauptamtlich tätig wier.

Ick wier nu sihr stolz, dat uns dei ehemalige Vizepräsident von 't NKFD, jene Antifa-Organisation, deren Andenken wi in „uns' DSF-Hus“ besonnern plägten, dei Ehr sienen Besäuks geef. Max Emendörfer har oewer ok noch einen besonnern Grund na Rostock tau kamen, dei mi ierst bewusst wür, as uns DSF-Bezirksvorsitter, Professor Georg Pitruschka hentaukeem un sik mit em fründschaftlich ümarmte.

Ich har bit dorhen ja kein Ahnung, dat uns

Universitätsprofessor un Chef von dei Ogenklinik einst as Wehrmachtsarzt in Stalingrad kämpft hett un dor ok in Gefangenschaft keem. As Arzt in Kriegsgefangenenlagern, hett hei Wehrmachtsangehörige wierer behandelt un is ok mit ein Insatzzgrupp von't NKFD anne Front un in 't „Hinterland“ bi dei Partisanen aktiv wäst. Oewer doroeuer hemm dei Genossen Emendörfer un Pitruschka bi mien Anwesenheit im HdF nich spraken, un ok dat Thema „Fahneneid“ un „Desertation“ wier inne DDR tämlich tabu.

Un dorüm wüsst ok kuum einer wat von dei sworn Schicksalsschläg', dei Max Emendörfer in sien Läben drapen hemm. Geschichts- und Memoirenbäuer klam-

merten denn Läbensloop von Emendörfer in dei Johren von 1945 bis 1990 einfach ut orer verdreiten dei Tatsachen, as hart dor nix besonneret gäwen. Ein lang und swor Weg leeg achter denn Antifaschisten, as ick mit em im November 1973 tausamen-seet un wi uns allerhand vertellten, bos oewer sien Schicksal nix. Hei wier taun Schwiegen vergattert worn, ierst hüt, vier-tig Jahr dornah weit ick, worüm hei damals schweech. Ierst 1990 wür hei von dei PDS richtig rehabilitiert.

IN MEMORIAM:

Max Emendörfer, burn am 2. November 1911. Storben am 18. Juni 1974 in Halle.
Professor Georg Pitruschka, buren am 28. April 1914 in Radoschau (Oberschlesien). Storben am 28. Oktober 1994 in Rostock.

Kurt Kaiser

(Plattdütsch Verein „Kloensnach-Rostocker 7“ e.V.)

Quellen:

(1) Google: Stauffenberg / Attentat vom 20. Juli 1944 / Vorgeschichte

(2) Max Emendörfer / Zwischen Hitler und Ulbricht / Militärverlag der DDR

9. September 2012

Am 9. September wurde traditionell der Opfer des Faschismus gedacht. Aus diesem Anlass legten die beiden stv. Kreisvorsitzenden Elke Friedl und Carsten Penzlin am Ehrenmal für die Opfer des Faschismus einen Kranz nieder. Es sprach die VVN/BdA-Vorsitzende Cornelia Kehrt. Im Anschluss an die Kundgebung fand eine Führung auf dem Neuen Friedhof zu den Gräbern und Gedenkstätten der Opfer und Verfolgten des Naziregimes statt.



„Für Frieden, Arbeit und soziale Gerechtigkeit“

Das Bad Doberaner Aktionsbündnis „Für Frieden, Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ lud anlässlich des Weltfriedenstages zu einem ehrenden Gedenken am Ehrenmal am Bachgarten in Bad Doberan ein. Es sprach die Bundestagsabgeordnete Martina Bunge.



Der Devisenbeschaffer

Was macht eigentlich Alexander Schalck-Golodkowski, wurde ich in den vergangenen Monaten oft gefragt. Es war in den letzten Jahren so ruhig geworden um ihn. Am 3. Juli feierte er im Exil am Tegernsee seinen 80. Geburtstag. Vermutlich aus diesem Anlass erschien jüngst eine dünne Biografie (Frank Schumann/Heinz Wuschech, Schalck-Golodkowski: Der Mann, der die DDR retten wollte; 12,95 Euro), die dem Verlag edition ost nach dem Buch über Margot Honecker einen weiteren Bestseller beschere könnte.

Neben Margot Honecker sei Alexander Schalck-Golodkowski die meistgehasste Persönlichkeit der DDR-Geschichte, behaupten die Autoren. Dieses Urteil mag man nicht teilen, denn Erich Honecker, Günter Mittag oder Erich Mielke erfreuen sich nach wie vor keiner großen Popularität. Wird hier weiter an einem Mythos um einen Mann gestrickt, der im Herbst 89 beinahe Ministerpräsident geworden wäre, bevor man ihn zu einem der Sündenböcke für 40 Jahre DDR erkor? Wenn die Autoren von einer „in jeder Hinsicht überragenden Persönlichkeit“ sprechen, dann wird das Anliegen des Buches deutlich: Hier soll einem Menschen Gerechtigkeit widerfahren. Auf eine umfassende nüchtern-sachliche Bewertung der Arbeit Schalcks in einem rechtlichen und moralischen Graubereich dürfen die Leser deshalb nicht hoffen.

Auf den 160 Seiten erfährt man zunächst einmal viel über das Geschichtsbild der beiden Autoren, die in gewohnter Weise die in Stein gemeißelte offizielle Sicht auf die Geschichte des geteilten Deutschlands revidieren. Das hat man anderswo schon besser und tiefgründiger gelesen. Interessant jedoch einige Details aus der Geschichte des innerdeutschen Handels. Nur langsam rückt jene Persönlichkeit in den Mittelpunkt der Betrachtung, ohne die jede Geschichte der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD unvollständig wäre: Alexander Schalck-Golodkowski. Seit 1962 1. Sekretär der SED-Kreisleitung im Ministerium für Außenhandel, machte Schalck die Erwirtschaftung von Devisen für die DDR zu seiner Lebensaufgabe. Als 1966 der Bereich Kommerzielle Koordinierung (KoKo) im Ministerium geschaffen wird, übernahm er die Leitung und erwies sich als genialer Organisator, der fantasievoll die zahllosen Hemmnisse im Ost-West-Handel unterließ. Nach dem Abbruch von Ulbrichts Wirtschaftsreformen und dem Übergang zur „Einheit von

Wirtschafts- und Sozialpolitik“ wurde die Arbeit Schalcks immer wichtiger für das wirtschaftliche Überleben der DDR. Doch was kurzfristig oft half, musste langfristig die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft überfordern. Das war nicht die Schuld von Schalck, sondern seiner Vorgesetzten Honecker und Mittag, deren verkorkste Wirtschaftspolitik die guten Ausgangsbedingungen der sechziger Jahre verspielte. Ein Beispiel: 140 Millionen D-Mark gab man 1981 für den Import von 10.000 Mazda 323 aus. Zuckerbrot für die Konsumgesellschaft.

Wie nicht anders zu erwarten war, stellt seine Beziehung zu Franz-Josef Strauß ein besonderes Kapitel in Schalcks Biografie dar. Hier erwarten den Leser keine neuen Erkenntnisse. Die Motive von Strauß, das wirtschaftliche Überleben der DDR sichern zu helfen, werden sowieso nicht mehr geklärt werden können. Er selber stellte seine Politik als Beitrag zum Frieden in Mitteleuropa dar. Schalck besuchte den CSU-Vorsitzenden mehr als ein Dutzend Mal in dessen Privathaus, doch nicht erst seit dessen Tod im Herbst 88 war klar, dass die Musik nicht in München, sondern in Bonn spielte.

„Ich gebe dem Sozialismus noch zehn Jahre“, meinte Strauß einmal gegenüber Schalck. Als Egon Krenz im Oktober 89 eine Analyse der ökonomischen Lage anforderte, bekam er den „Schürer-Bericht“, an dem auch Schalck mitgearbeitet hatte. Die Staatsverschuldung im Westen wurde als dramatisch dargestellt, die Zahlungsfähigkeit der DDR sei gefährdet. Vielfach wurde in den vergangenen Jahren darauf hingewiesen, dass die Verschuldung der DDR relativ betrachtet nicht dramatisch war. In diese Kerbe haut auch das Buch. Der „Schürer-Bericht“ wird zum Sargnagel der DDR deklariert, da er dem Partei- und Staatsapparat die Ausweglosigkeit der Krise eingeredet habe. In wessen Auftrag haben die Autoren gehandelt, fragen Schumann und Wuschech. Nicht zu leugnen ist aber der akute Devisenmangel der DDR, und Devisen waren für die Modernisierung der teilweise maroden Wirtschaftssubstanz unerlässlich. Die ca. drei Milliarden D-Mark, die Schalck jedes Jahr erwirtschaftete, gingen größtenteils für Zinsen und Kredittilgung drauf. Wie lange hätte die DDR dies noch durchgehalten?

Schalck hatte nicht nur das wirtschaftliche Überleben der DDR sichern helfen, sondern auch viel zur Überwindung der politischen Isolation seines Staates bei-

getragen. Dankbarkeit durfte er nicht erwarten, als ungefähr seit November 89 die Existenzberechtigung der DDR zunehmend in Frage gestellt wurde. Stattdessen begann das Kesseltreiben. Die KoKo stand nun für den Ausverkauf der DDR, für die Bereicherung einiger weniger Funktionäre, ja für die vermeintliche kriminelle Energie dieses ganzen Systems. Schalck gehörte zu jenen auserwählten Personen, die man stellvertretend für den untergegangenen Staat „exekutierte“. Ob er wirklich um sein Leben fürchtete, als er sich in die BRD absetzte, weiß nur er selber. Von Januar bis März 1990 offenbarte Schalck im Gespräch mit dem BND manches Detail seiner Arbeit, während die DDR international nach ihm fahnden ließ. Hier lässt das Buch Vieles im Dunkeln. Schalcks Verhalten schützte ihn nicht vor etwa fünfzig Ermittlungsverfahren, aus denen sich sechs Anklagen ergaben (z.B. wegen der Bereitstellung von Devisen für die Versorgung in Wandlitz). Ins Gefängnis musste er anders als seine eh. Vorgesetzten nicht.

Das Buch von Schumann und Wuschech bietet spannende Details, die analytischen Fähigkeiten der beiden Autoren sind freilich begrenzt. Zum Abschluss des Buches zollen sie Alexander Schalck-Golodkowski Beifall für seine Arbeit. Fast wäre man nach der Lektüre versucht, in den Applaus mit einzustimmen. Aber ein Leben auf 190 Seiten – das kann nur die halbe Wahrheit sein.

Carsten Penzlin

Termine aus HRO und LRO

Datum	Zeit	Veranstaltung	Ort	Raum
Montag, 1. Oktober 2012	17:00 Uhr	Sitzung der Bürgerschaftsfraktion	Rostock	Rathaus, Beratungsraum 2
Donnerstag, 4. Oktober 2012	15:00 Uhr	„Meine seemännischen Fehler und andere Geschichten“ Kapitän a.D. Gerd Peters (<i>RotFuchs</i>)	Rostock	Mehrgenerationenhaus Evershagen
Montag, 8. Oktober 2012	17:00 Uhr	Sitzung der Bürgerschaftsfraktion	Rostock	Rathaus, Beratungsraum 2
Dienstag, 9. Oktober 2012	18:00 Uhr	Sitzung Kreisvorstand	Rostock	Stephanstraße 17
Dienstag, 9. Oktober 2012	18:30 Uhr	Kreisvorstandssitzung	Kritzkow	Gaststätte
Mittwoch, 10. Oktober 2012	16:00 Uhr	Sitzung der Bürgerschaft	Rostock	Rathaus, Sitzungssaal
Mittwoch, 10. Oktober 2012	15:00 Uhr	Sitzung der Stadtteilsprecher	Rostock	Stephanstraße 17
Donnerstag, 11. Oktober 2012	16:00 Uhr	„Ist unter den gegenwärtig herrschenden gesellschaftlichen Bedingungen ein einheitliches Europa überhaupt möglich?“ Prof. Dr. Christa Luft	Güstrow	Haus der Generationen
Samstag, 20. Oktober 2012	14:00 Uhr	„95. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1917 in Russland“, Gastredner: Hans Modrow, (<i>RotFuchs</i>)	Rostock	Gaststätte Nordlicht
Montag, 22. Oktober 2012	17:00 Uhr	Sitzung der Bürgerschaftsfraktion	Rostock	Rathaus, Beratungsraum 2
Dienstag, 23. Oktober 2012	18:00 Uhr	Sitzung Kreisvorstand	Rostock	Stephanstraße 17
Mittwoch, 24. Oktober 2012	15:00 Uhr	Sitzung der Stadtteilsprecher	Rostock	Stephanstraße 17
Montag, 29. Oktober 2012	17:00 Uhr	Sitzung der Bürgerschaftsfraktion	Rostock	Rathaus, Beratungsraum 2
Freitag, 2. November 2012	17:00 Uhr	Mitgliederversammlung entsprechend § 36 Abs. 4 Bundessatzung zur Wahl der 18 Vertreter_innen für die Landesvertreter_innenversammlung	Rostock	Stadthalle Saal 2
Freitag, 2. November 2012	18:00 Uhr	Mitgliederversammlung aller wahlberechtigten Mitglieder des Wahlkreises 14 zur Aufstellung einer Wahlkreisbewerber_in (Direktkandidat_in)	Rostock	Stadthalle Saal 2
Montag, 5. November 2012	17:00 Uhr	Sitzung der Bürgerschaftsfraktion	Rostock	Rathaus, Beratungsraum 2
Dienstag, 6. November 2012	18:00 Uhr	Sitzung Kreisvorstand	Rostock	Stephanstraße 17
Mittwoch, 7. November 2012	16:00 Uhr	Sitzung der Bürgerschaft	Rostock	Rathaus, Sitzungssaal
Mittwoch, 7. November 2012	15:00 Uhr	Sitzung der Stadtteilsprecher	Rostock	Stephanstraße 17
Samstag, 10. November 2012	9:00 Uhr	Mitgliederversammlung aller im Altkreis Bad Doberan (bis 1994) wohnender Genossinnen und Genossen zur Wahl der Vertreter und Ersatzvertreter für die Vertreter-versammlung des Wahlkreises 13	Reinshagen	Gaststätte
Dienstag, 13. November 2012	18:30 Uhr	Kreisvorstandssitzung	Kritzkow	Gaststätte
Donnerstag, 15. November 2012	15:00 Uhr	„Zusammenwirken der Geheimdienste der DDR und der UdSSR“ Oberst a.D. Bernd Fischer (<i>RotFuchs</i>)	Rostock	Mehrgenerationenhaus Evershagen
Montag, 19. November 2012	17:00 Uhr	Sitzung der Bürgerschaftsfraktion	Rostock	Rathaus, Beratungsraum 2
Dienstag, 20. November 2012	18:00 Uhr	Sitzung Kreisvorstand	Rostock	Stephanstraße 17
Mittwoch, 21. November 2012	15:00 Uhr	Sitzung der Stadtteilsprecher	Rostock	Stephanstraße 17
Samstag, 24. November 2012	9:00 Uhr	Mitgliederversammlung aller im Altkreis Güstrow (bis 2011) wohnender Genossinnen und Genossen zur Wahl der Vertreter und Ersatzvertreter für die Vertreterversammlung des Wahlkreises 17	Güstrow	Bürgerhaus
Samstag, 24. November 2012		Kreisparteitag zur Wahl der Vertreter_innen für die Delegiertenwahlkreisversammlung 13, 14, 17		
Montag, 26. November 2012	17:00 Uhr	Sitzung der Bürgerschaftsfraktion	Rostock	Rathaus, Beratungsraum 2
Dienstag, 11. Dezember 2012	18:30 Uhr	Kreisvorstandssitzung	Kritzkow	Gaststätte

Gedanken am Soldatengrab

Peter Dornbruch (05.08.2010)

Nachdenklich steh' ich vor deinem Grab,
überwuchert mit Efeu, fremder Soldat.
Für dich vorbei dein Kampf, deine Qual.
Geliebten die Ziele und die Moral.

Du fremder Soldat, gefallen als Held?
Kämpftest für eine bessere Welt?
Das Kreuz zerschlagen, hattest alles gegeben,
dass Söhne und Enkel in Frieden leben.

Die Zahl 45 in Stein gemeißelt,
zu Tausenden erschossen und geißelt.
Söhne des Volkes, eure Mütter weinen,-
heut' kommt ihr zurück in der Fahne aus Leinen,

denn heute kämpfen wieder Soldaten
für Geld, für Orden – für Heldentaten.
Oder hattest auch du dich überzeugen lassen,
statt zu lieben, andere Völker zu hassen?

Der Krieg als eine Simulation:
Der Klick mit dem Finger, was macht dass schon...
Ob Freund, ob Feind, die Tränen sind gleich -
es gibt nur das eine Totenreich.

Fremder Soldat, ich gedenke dem Leid
in jener und in heutiger Zeit.
Der Mensch als Rädchen zum kleinen Preise,
es wird gestorben auf gleiche Weise.

Der Klartext will im kommenden Jahr den 100.Todestag von AUGUST BEBEL würdigen. Wir suchen dazu Autoren / Beiträge, die von der üblichen biografischen Darstellung abweichen. Wer sich also in der Lage fühlt (oder jemanden kennt, der so etwas kann) sollte sich mit der Redaktion in Verbindung setzen. Für sachdienliche Hinweise gibt es zwar keine Preise, aber etwas zu gewinnen – einen KLARTEXT in hoher Qualität.



Von wegen Sommerloch Urlaubserlebnis in Graal-Müritz

In diesem Sommer retten die Olympischen Spiele die Mediennunft vor der verzweifelten Suche nach Themen, über die man schreiben oder quatschen kann. Zwar ist wieder ein „Ungeheuer“ in einem Badesee gesichtet worden und ausgerechnet Hinterbänkler von der CDU machen sich für eine weitergehende Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften mit der klassischen Ehe stark, aber das große Sommerlochthema ist trotz Politikerferien nicht in Sicht. Aber nicht nur der Regierungs- und der Parlamentarierbetrieb laufen auf Sparflammen. Auch die politische Arbeit der LINKEN ist wenig wahrnehmbar, da sie von der bürgerlichen Presse kaum beachtet wird. Oder hat jemand größere Berichte über die Sommertour der neuen Parteivorsitzenden gelesen?

Deshalb war ich angenehm überrascht, als in meinem Urlaubsort Graal-Müritz in Mecklenburg-Vorpommern das 9. Friedensfest angekündigt wurde. Und die Liste der angekündigten Stargäste war beeindruckend, aber auch die Liste der Sponsoren, Ständebetreiber und vor allem der kostenlos auftretenden Künstler. Mich lockte aber auch die Tatsache, dass diese traditionellen Feste unter dem Motto „Für Frieden und Toleranz – gemeinsam gegen rechts!“ von DER LINKEN organisiert werden.

Der 4. August war auch noch ein herrlicher Tag. Das Festgelände, direkt am Hauptzugang zum Strand gelegen und mit sehr guter Infrastruktur durch ein unterstützendes Hotel, eignete sich ideal für ein besonderes Ferienerlebnis. Entscheidend waren aber die mit Freude arbeitenden Mitglieder und Sympathisanten der LINKEN.Graal-Müritz, die mit großem Einsatz und Übersicht agierten. Das trifft besonders auf das einheimische Moderatorenpaar zu. Mit Witz und trotzdem sinnvollen Einlagen überbrückten sie auch manche unvermeidbare Pause.

Das Programm vereinte einheimische Gruppen mit Künstlern aus fünf verschiedenen Ländern, von denen einige in Deutschland leben. Einige von ihnen sind schon Stammgäste des Graal-Müritzer Friedensfestes und haben für das nächste Jahr schon zugesagt. Mir persönlich gefiel besonders das Trio „Palmera“ aus Venezuela. Interessant waren auch mehrere kurze Talkrunden mit Gesine Lötzsch und Steffen Bockhahn (Vorsitzender in M-V), Diplomaten aus Mittel- und Südamerika und besonders mit Gregor Gysi. Als sein Auftritt heranrückte, füllte sich der Seebrückenvorplatz so auffällig, dass schließlich auch alle Stehplätze besetzt waren. Wieder einmal beeindruckte Gregor mit dem was er sagte, aber auch damit wie er es sagte. Auch bei seinen schlagfertigen Antworten auf Zusatzfragen hatte er die Lacher auf seiner Seite. Beeindruckend war es auch, als Gregor plötzlich unter den Zuhörern André Brie entdeckte und ihm gute Genesung nach seinem Unfall wünschte.

Leider verschlechterte sich die Witterung und bald nach Gregor Gysis Abgang setzte ein heftiger Platzregen ein, der auch mich vertrieb. So verpasste ich noch mehrere sehenswerte Auftritte von Künstlern und den Höhepunkt des Friedensfestes: den Aufstieg von 50 Friedenstauben.

Wer am 03. August 2013 in der Nähe von Graal-Müritz ist, sollte einen Besuch des 10. Friedensfestes nicht versäumen. So kommt politische Öffentlichkeitsarbeit an.

Dr. W. Bartsch, Langenbernsdorf

95 Jahre Oktoberrevolution

Die Rotfuchs-Regionalgruppe Rostock lädt aus Anlass des 95. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1917 am 20.10. zu einer öffentlichen festlichen Veranstaltung in die Gaststätte Nordlicht (Ratzeburger Str. 8) ein. Beginn: 14 Uhr, Ende: 16 Uhr. Als Gastredner wird Hans Modrow (Vorsitzender des Ältestenrates der Partei Die Linke) sprechen. Für die musikalische Umrahmung konnte Dr. Dieter Dehm (MdB Die Linke) mit Begleitung gewonnen werden. Es wird ein Stuhl-

geld von 3,00 € erhoben. Die Veranstaltung wird unterstützt von linken Personen, Vereinen, Verbänden und Parteien.

Up un Dal



Gewinner:

15.000 Besucher hatte das Darwineum in der ersten Woche nach seiner Eröffnung. Darunter auch Wolfgang Methling, der dort seinen 65. Geburtstag beging. Noch einmal Herzlichen Glückwunsch!

Verlierer:

Leider die Occupy-Bewegung. Sie hatte das Zeug für eine Massenbewegung gegen die Hegemonie der Finanzmärkte und Banken, nun hat sie sich praktisch totgelaufen.

Monatszitat

„Das ist doch alles ein bisschen Gaga, was wir hier machen!“ (Gen. Peter Ritter auf dem Landesparteitag am 15.9.2012)

Preisrätsel

Sie können gewinnen, wenn Sie die folgenden Fragen richtig beantworten und Ihre Antworten an die Redaktion schicken. Wer den KLARTEXT aufmerksam gelesen hat, dürfte kein Problem haben.

1. Wo fand der Landesparteitag am 15.9. statt?
2. Wie viele Kreisverbände der Linkspartei gibt es derzeit in Mecklenburg-Vorpommern (Stand: 16.9.2012)?

Die Gewinnerin/den Gewinner des Preisrätsels erwartet eine Buchspende der Rostocker Buchhandlung im Doberaner Hof.

Die Antworten richten Sie bitte per Post oder E-Mail an die Redaktion, ein Redaktionsmitglied oder an einen der zwei Kreisvorstände Rostock oder Landkreis Rostock.

Einsendeschluss ist der 30.10.2012